Nr. 31 2. Ausgabe

Sonntag, 1. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 1.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.80, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Preis-Erhöhung. Auf alle Brutto-Preise 10 v. H. Zuschlag. Beilagegebühr 20 Mk. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die größte Sorge

Das Gutachten der Valutakommission

WTB. Berlin, 31. Januar

Die Sitzung der Ständigen Valutakommission, die unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Schröder im Reichsfinanzministerium stattfand, beschäftigte sich zunächst mit der von angesehenen Persönlichkeiten verschiedener Länder ihren Regierungen gegebenen Anregung, eine internationale Finanzkonferenz einzuberufen, deren Ziel Hilfsmaßregeln zugunsten der durch den Krieg geschädigten Staaten sein müßten. Die Valutakommission gab ihrer Meinung über diese Anregung sowie über die gegenwärtige schwierige Lage in folgender Weise Ausdruck:

„Die Ständige Valutakommission tritt in einem Augenblick zusammen, in dem die deutsche Währung panikartig zusammengebrochen ist. Die Reichsmark ist international nur noch einige Prozente ihrer Parität wert. Das Andauern dieses Zustandes würde nicht nur hoffnungslose wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung für Deutschland, sondern auch schwerste Erschütterung für die gesamte europäische Welt bedeuten.

Die Kommission begrüßt mit Genugtuung die Verhandlungen über das Finanzabkommen mit den Niederlanden, in dem sie einen verheißungsvollen Anfang erblickt. Sie hat mit Zustimmung von dem Memorandum Kenntnis genommen, das, mit den Unterschriften einer Reihe hochangesehener Privatpersonen der verschiedensten — neutralen und früher feindlichen — Länder gedeckt,

eine schnelle und weitreichende internationale Finanzaktion

fordert, um allen Ländern, die durch den Krieg wirtschaftlich schwer betroffen sind, den Wiederaufstieg zu ermöglichen. Die Kommission kann sich dieser Auffassung und den Grundsätzen des Memorandums nur anschließen. Sie hält eine sofortige Versammlung von Vertretern der internationalen Finanzwelt für unerläßlich, um das Chaos auf dem Wechselmarkt zu meistern und Hungersnot und Zusammenbruch von Deutschland — und damit den Zusammenbruch von Europa — abzuwenden. Das Beispiel von Rußland und Oesterreich zeigt den Weg. Daß Deutschland auf diesem Wege auch andre Länder nach sich ziehen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen, wenn man sieht, daß

100 Mrk heute weniger als 35 schweizerische Franken wert sind statt 100, 100 französische Franken weniger als 42 statt 100 und das Pfund Sterling nur 19 schweizerische Franken statt 25.

Indessen: Fremde Finanzhilfe allein reicht nicht aus, das Inland muß helfen. Wir alle müssen einsehen, daß wir ohne regelmäßige, gewissenhafte und die jetzige Leistung übersteigende Arbeit dem Zusammenbruch entgegengehen. Werden die inneren Voraussetzungen nicht geschaffen, so werden wir voraussichtlich Hilfe von außen nicht erhalten; sollte sie dennoch erhältlich sein, so würde sie nur unter schwersten Bedingungen und Sicherstellungen zur Verfügung gestellt werden und uns daher nicht dauernd retten.

Nachdem das Inkrafttreten des Friedensvertrages die erhoffte Schließung der deutschen Grenzen gegen die uneingeschränkte Wareneinfuhr nicht gebracht hat, richtet die Kommission an die Finanz-Sachverständigen aller Ententeländer den dringenden Aufruf, bei ihren Regierungen die sofortige Schließung der deutschen Westgrenze und die Inkraftsetzung der deutschen Wirtschaftsgesetze im besetzten Gebiet durchzusetzen, und sie an der im Artikel 235 des Friedensvertrages vorgesehenen Hilfe für die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu veranlassen. Diese Hilfe muß sofort kommen: sonst kommt sie zu spät.

Die Zeit für kleine Mittel ist vorbei. Es muß gelingen, die deutschen Grenzen zu schließen und eine Preispolitik einzuleiten, die die Landwirtschaft zur äußersten Produktion anspornt. Die Arbeit muß in weit stärkerem Maße wieder einsetzen. Eine schnelle, internationale finanzielle Aktion muß erfolgen, um die Lage zu retten."

Die bereits bei der letzten Tagung von der Ständigen Valutakommission geforderte Erfassung der bei der Warenausfuhr laufend anfallenden Devisen muß nunmehr sofort durchgeführt werden. Dabei müssen auch die Erlöse kontrolliert und erfaßt werden, die durch Verkäufe andrer Art an Ausländer, insbesondere von Wertpapieren und von Grundstücken entstehen. Die Erfassung dieser laufend anfallenden Devisen genügt aber nicht; wirksamer wäre die

Erfassung der bereits bestehenden Valutaguthaben,

Bestände an ausländischen Noten und sonstigen Geldforderungen an das Ausland. Es wird angeregt, daß diese Frage von den zuständigen Stellen geprüft wird.

Die Ständige Valutakommission stellt die Forderung, daß ein erheblicher Teil des Nutzens, der sich aus dem Verkauf von Waren nach dem Auslande für die Industrie und den Handel durch den schlechten Stand der deutschen Valuta ergibt, dem Reich zufallen muß, um die schon in der letzten Sitzung der Valutakommission als äußerst gefährlich bekämpfte Angleichung der Inland- an die Auslandpreise aufzuhalten. Die Abführung eines Teiles der durch den Warenexport sich ergebenden Valutagewinne an das Reich ist schon deshalb berechtigt, weil dieses durch die in die Milliarden gehenden Zuschüsse zur Verbilligung der Lebenshaltung mittelbar einen erheblichen Teil der Produktionskosten trägt.

Die Valutakommission ist sich darüber im klaren, daß alle von ihr ausgehenden Vorschläge und Forderungen keine Hilfe bringen können, wenn ihre Durchführung verzögert wird. Die Kommissionsmitglieder legen daher den zuständigen Stellen dringend nahe, die Beratungen über die als notwendig erkannten Einfuhr- und Devisenmaßnahmen abzukürzen und zur Durchführung der Maßnahmen zu schreiten."

Die Erörterung einer Reihe weiterer wichtiger Einzelfragen wurde von der Kommission mit Rücksicht auf die Nichtanwesenheit des Reichsministers der Finanzen vertagt. Die Kommission ließ dem Minister telegraphisch ihre Wünsche hinsichtlich baldiger Genesung zugehen.

Die Valutakommission erörterte sodann die Fragen, mit denen sie sich bereits in ihren letzten Sitzungen befaßt hatte. Es wurde ihr über die Maßregeln berichtet, die inzwischen mit Rücksicht auf die in der Sitzung vom 7. und 8. Januar gefaßte Entschließung von den in Frage kommenden Regierungsstellen getroffen worden sind. Dazu nahm die Kommission in folgender Weise Stellung:

„Die Kommission hat unter anderm mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß beabsichtigt ist,

die Preise für die hauptsächlichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse

der nächsten Ernte wesentlich zu erhöhen, um die landwirtschaftliche Produktion anzuregen, und daß eine Bekanntmachung darüber in Kürze zu erwarten ist. Die Valutakommission glaubt aus dem ihr erstatteten Bericht entnehmen zu sollen, daß ihren Anregungen bei der letzten Tagung auf eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr bisher noch nicht genügend stattgegeben worden ist. Sie steht unter dem Eindruck, daß an maßgebenden Stellen die Gefahr noch nicht voll gewürdigt wird, die unsrer Volkswirtschaft in der jetzigen kritischen Lage daraus droht, daß immer noch erheblich mehr eingeführt wird, als mit der Ausfuhr bezahlt werden kann. Sie tritt daher erneut für eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr ein, wobei auch die Rohstoffeinfuhr auf das Maß beschränkt werden muß, das der Verarbeitungsmöglichkeit der Industrie entspricht. Dieses um so mehr, als die greifbaren Weltvorräte vieler Waren in den Häfen und Lagerplätzen außerordentlich groß sind.

•

Auch Holland wird gefährdet

☞ Haag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Haagsche N. C." schreibt: Für jeden, der nicht ganz blind ist für die Wirklichkeit, ist es klar, daß der andauernde gewaltige Rückgang der Valuten der Zentralmächte und der übrigen Staaten auf die Dauer auch für Holland katastrophal sein wird. Der demokratische Abgeordnete Marchant erklärte dieser Tage: Für unser Land ist diese Angelegenheit von der größten Dringlichkeit, wir werden sonst bald an unserm eigenen Leibe erfahren, daß die Verarmung des großen Hinterlandes unwiderstehlich auf unsre Kraft und auf unsern Wohlstand zurückwirken muß.

•

Verbot der Valutaspekulationen

☞ Brüssel, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „National belge" veröffentlicht den Entwurf eines Devisenvertrages zwischen Holland und Belgien, dessen Unterzeichnung bevorsteht. Der König hat eine Verordnung unterzeichnet, wonach jedes Spekulationsmanöver in Franken oder fremden Devisen untersagt wird.

•

Die Schweiz zum Valutaproblem

☞ Zürich, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Der am 30. und 31. Januar in Bern tagende zweite schweizerische Kongreß für Handel und Industrie befaßte sich auch mit der Valutafrage. Am Freitag stellte Dr. Föhr, Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, in seinem einleitenden Referat u. a. fest, daß die Entwertung der ausländischen Devisen zweifellos viel größer sei, als die tatsächlichen Verhältnisse es rechtfertigten. Der Bankrott sei ein ganz untaugliches Mittel zur Lösung der Valutaprobleme. Auch eine Umwandlung der Kriegsanleihen als Zahlungsmittel unter gleichzeitiger Abschaffung der Einlösepflicht sei nur eine milde Form des Staatsbankrotts, die nicht in Betracht kommen könne. Nur zwei Mittel könnten wirklich zum Ziele führen: das Aufhalten der Inflation und die Unterstützung der besonders schwachen Länder von außen. Daher müßten die Staatsbehörden bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit unter Heranziehung der Kriegsgewinne gesteigert werden. Deutschland müsse z. B. zur Sanierung der Valuten einerseits seine vielen Noten im Auslande zu finden versuchen, anderseits seine Produktion auf das höchste Maß steigern, wobei das Ausland, von dem die Rohstoffe bezogen werden, Darlehen zu gewähren hätte.

Die Darlehnsgeber müssen dabei darauf hingewiesen werden, daß die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen hinausgeschoben werden. Man müsse hoffen, daß die Wiedergutmachungskommission die besonderen Verhältnisse bei den Zentralmächten berücksichtigen und nicht auf einer sofortigen Zahlungsleistung bestehe. Es sei ganz unmöglich, von den durch den Krieg erschütterten Ländern die notwendigen gewaltigen Anstrengungen zu verlangen, wenn sie nicht Rohstoffe und Lebensmittel erhielten. Die „Neue Zürcher Zeitung" bemerkt zu dem Berner Kongreß und der von ihr zu behandelnden Valutafrage, der Bundesrat werde wohl in absehbarer Zeit den ganzen Komplex von Fragen, der mit dem Valutaproblem zusammenhänge, näherertreten und gewisse Schritte gegenüber Deutschland einleiten müssen. Auch die Frage, welche finanziellen Rückwirkungen der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich auf die Schweiz haben werde, bedürfe sicherlich der Aufklärung in der breitesten Oeffentlichkeit.

Die Stellung der Kirche

* Berlin, 31. Januar. Der deutsch-evangelische Kirchenausschuß, der augenblicklich in Berlin tagt, beschäftigte sich in seinen beiden ersten Vollsitzungen mit innerkirchlichen Fragen, die ihm seitens des Dresdner Kirchentages zu weiterer Behandlung übertragen waren, vor allem mit seiner eigenen Organisation und der des evangelischen Kirchenbundes. Weiter wurde über Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten in den einzelnen Gemeinden und zur allmählichen Beseitigung des Parochialzwanges beraten. Auch grundsätzliche Fragen über die Trennung von Kirche und Staat und die Mitteilungen der kirchlichen Steuerverwaltung wurden behandelt. Den Hauptteil der zweiten Sitzung nahm die Besprechung von Schulfragen ein, die sich namentlich mit der bevorstehenden Reichsschulkonferenz befaßte. Zu dieser stellt der evangelische Kirchenausschuß drei Vertreter. Alle Rechte, die auf eine Beeinträchtigung der Rechte der Erziehungsberechtigten hinauszielen, namentlich solche, die sich auf die Begünstigung einer bestimmten Schulart beziehen, wurden verworfen. Auch die kirchliche Fürsorge für die Auslands-Evangelischen und die Bereitstellung von Unterstützungen wurden besprochen. Endlich wandte sich der Kirchenausschuß gegen das Vorgehen der Entente, Deutsche durch feindliche Richter aburteilen zu lassen.

Der Beginn der Räumung

+ Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Heute morgen 7 Uhr hat die Räumung der ersten Zone in Oberschlesien stattgefunden. Bereits gestern waren drei Entlastungstransporte zur Ablösung eingetroffen. Die Räumung ist so organisiert, daß zwischen dem Abzug der deutschen und dem Einrücken der alliierten Truppen ein Vakuum von einigen Stunden liegt, so daß keine Gelegenheit zu Putschen und zur Herstellung vollendeter Tatsachen gegeben ist. Auch Konitz wird heute geräumt werden. Die englischen Besatzungstruppen werden, wie nunmehr feststeht, im ganzen nur zwei Bataillone kommen, eins für Allenstein und eins für Danzig. Ursprünglich waren für den Norden sieben bestimmt, für Oberschlesien hatte man mit vier Bataillonen gerechnet. Die gesamte alliierte Truppenstärke wird sich auf 21 000 Mann belaufen. Ihre Zusammensetzung ist noch nicht genau bekannt. Den Hauptanteil der Truppen haben aber die Franzosen, den Rest die Italiener zu stellen. An Franzosen kommen insgesamt 50 Eisenbahnzüge. In Sonderburg und in Hadersleben sind je ein halbes Bataillon eingetroffen.

•

Berufung der Rheinlande

Ψ Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Rheinlandreise der preußischen Minister, an der von den Kabinettsmitgliedern Ministerpräsident Hirsch, Handelsminister Fischbeck, Südekum, am Zehnhoff, Stegerwald teilnehmen, beginnt am Sonnabend und geht zunächst nach Köln. Dort werden Besprechungen mit den Staatsbehörden, den Städtevereinigungen der besetzten Gebiete und andern Instanzen, mit Parteivertretern, der Presse und Organen des öffentlichen Lebens stattfinden. Für den 4. Februar ist in Köln der Besuch einiger Mitglieder des Kabinetts beim neuen Erzbischof vorgesehen. Besuche der Handels- und Handwerkskammern und der Universität sind geplant. Nach einer kurzen Besprechung in Bonn geht die Reise nach Krefeld, wo der 5. Februar verbracht werden soll. Der nächste Reiseort ist Aachen. Von dort geht es nach Trier, wo u. a. den Besuch des Bischofs in Aussicht genommen ist. Reisemittelpunkte sind Kreuznach und Neuwied. Im letzteren Ort findet eine Besprechung mit dem Präsidenten des Evangelischen Landeskonsistoriums und dem Regierungspräsidenten von Coblenz statt, wohin die Reise nicht ohne Erlaubnis der Entente ausgeführt werden darf. Man wird sich dort auch grundsätzlich über die Finanzierung zu der Wiedergutmachung der Hochwasserschäden unterhalten. Den Schluß der Reise bilden Besuche von Wiesbaden und am 9. Februar von Düsseldorf.

•

Ein Mißverständnis

+ Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Differenz zwischen der Entente und Deutschland hat sich bei der Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe ergeben. Die interalliierte Ueberwachungskommission hat unerwartet die Forderung gestellt, daß die gemäß § 185 auszuliefernden Kriegsschiffe die gesamte Ausrüstung und Material, ausgenommen Munition und Sprengstoffe, an Bord haben müssen, während bei den Waffenstillstandsverhandlungen im November 1918 von autoritativer englischer Seite ausdrücklich betont worden war, daß die Schiffe, die nicht sofort auf Grund des Waffenstillstandsvertrages interniert werden können, abgesehen von einigen Ausnahmen, desarmiert werden sollen. Das Wort „desarmiert" wurde dahin ausgelegt, daß die Schiffe in einen Zustand zu versetzen wären, der unbedingt als außer Dienst gestellt zu gelten habe. Die deutsche Marine-Friedenskommission hat ihren Standpunkt der interalliierten Ueberwachungskommission in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, indem sie ihre Bereitschaft erklärt, wenn der deutsche Rechtsstandpunkt anerkannt würde, den Schiffen, soweit noch möglich, ihr Inventar zu geben, sofern eine Anrechnung auf die Wiedergutmachung erfolgt.

•

Ein Vorbehalt zum Völkerbund

× Washington, 31. Januar. Der von Taft abgefaßte Text des Vorbehaltes zu Artikel 10 des Friedensvertrages lautet folgendermaßen:

Die Vereinigten Staaten weigern sich, vertragliche, gesetzliche oder andre Verpflichtungen auf sich zu nehmen oder Garantien einzugehen wegen der Unversehrtheit des Gebietes eines fremden Staates oder seiner politischen Unabhängigkeit, wie sie im Artikel 10 des Friedensvertrages vorgesehen sind. Sie weigern sich, Verpflichtungen zu unterzeichnen, nach deren Wortlaute die Vereinigten Staaten gehalten wären, zu irgendeinem Zwecke von den Land- und Seestreitkräften Gebrauch zu machen gemäß den Bestimmungen irgendeines Artikels des Friedensvertrages. Jedoch könnte der Kongreß, der nach der Staatsverfassung allein die Macht dazu hat, über Garantien in besonderen und ausnahmsweisen Fällen über moralische Verpflichtungen Beschluß fassen, wenn dazu ein Anlaß vorliegt. Er könnte den Vereinigten Staaten allein ihre Haltung vorschreiben, wenn es sich darum handeln würde, die Erfordernisse des Weltfriedens und der Gerechtigkeit zu wahren.

•

Eine Sonderstellung der Schweiz

☞ Zürich, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Neue Zürcher Zeitung" aus Paris meldet, hat der Präsident der Friedenskonferenz dem Völkerbund offiziell das Mandat übertragen, sich mit der Frage der schweizerischen Neutralität zu befassen. Es handelt sich darum, die historische Neutralität der Schweiz im Völkerbund in einer Form festzulegen, die keinen Präzedenzfall zugunsten andrer Völkerbundsmitglieder schafft, die später ebenfalls die Neutralität in Anspruch nehmen könnten. Eine solche Ausdehnung eines den Gedanken des Völkerbundes beschränkenden Prinzips würde die Neutralität des Bundes gefährden. Was die Schweiz betreffe, so sei es nicht zu optimistisch, zu sagen, daß der Völkerbundrat sicherlich zu einer befriedigenden Formel gelangen werde.

☞ Basel, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die schweizerischen Blätter melden, hat der Bundesrat beschlossen, sich an das Völkerbundsekretariat in London mit dem Ersuchen zu wenden, die schweizerische Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundausschusses in London zu setzen. Ferner wird er eine Note an die Regierungen der im Völkerbund vereinigten Staaten richten, in der noch einmal kurz die schweizerische Auffassung des Beitritts zum Völkerbund dargelegt werden soll.

Das Defensivbündnis zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei

Von Dr. Freiherr v. Jettel (Wien)

Die Erklärungen, die der österreichische Staatskanzler Dr. Renner im Ausschuß für Aeußeres über das Ergebnis seiner Prager Reise abgab, haben in der Oeffentlichkeit gewaltigen Staub aufgewirbelt. Sie bildeten den Gegenstand von Interpellationen der Deutschnationalen und der Christlichsozialen in der Nationalversammlung und vermochten sogar trotz der trostlosen Notlage, in der sich Oesterreich, vor allem die Stadt Wien, befindet, sich für einige Zeit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses zu behaupten. Und das ist erklärlich. Schon nach den ersten Berichten hatte man den Eindruck, daß der Prager Reise, die doch rein wirtschaftlichen Interessen dienen sollte, vor allem der Lieferung von Kohle und Zucker an Oesterreich, der gewünschte Erfolg versagt blieb. Dagegen, hieß es, sei in politischen Fragen eine weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten erzielt worden. Wir baten um Brot und man gab uns Steine.

Was Renner über das Ergebnis seiner Prager Fahrt im Ausschusse erzählte, war nur geeignet, die Enttäuschung zu erhöhen. Er sprach von einer getroffenen Abmachung, wonach Oesterreich und die Tschecho-Slowakei im Falle einer Bedrohung von außen sich politisch und diplomatisch unterstützen, bei der Abwehr eines Restaurationsversuches von außen einander behilflich sein wollen und sich vorbehalten, für den Fall einer Friedensbedrohung von außen miteinander das Einvernehmen zu pflegen. Wenige Tage später gab der tschecho-slowakische Minister des Aeußern Dr. Benesch in Prag Erklärungen über denselben Gegenstand ab. Sie waren wesentlich deutlicher. Danach verfolgt die getroffene Vereinbarung den Zweck einer gemeinsamen Defensive gegen jegliche Reaktion und gegen die Wiederherstellung des alten Regimes, d. h. der Monarchie. In Wien und in Prag fürchtet man ein Herübergreifen der ausgesprochen monarchistischen Bewegung in Ungarn auf Oesterreich und die Tschecho-Slowakei. Durch die erzielte Verständigung soll dies verhindert und die in den beiden Staaten bestehende republikanische Regierungsform dagegen geschützt werden.

Nun kann ja nicht geleugnet werden, daß eine monarchistische Restauration in Ungarn nicht ohne Rückwirkung auf Oesterreich und die Tschecho-Slowakei bleiben dürfte. Schon jetzt treten in Ungarn deutliche imperialistische Tendenzen zutage. Ungarn würde nach dem Friedensvertrage etwa zwei Drittel seines Territoriums verlieren, abgesehen von andern Lasten, die ihm aufgebürdet werden sollen. Dagegen bäumt sich nun das nationale Selbstgefühl, das in Ungarn stets tiefer wurzelte, als es in Oesterreich der Fall war, in voller Empörung auf. Und man antwortet auf diese Zumutung mit einem entschiedenen: Unannehmbar! Aber so wie Deutschland und Oesterreich wird sich auch Ungarn schließlich fügen müssen, und es wird ihm höchstens gelingen, in einigen unwesentlichen Punkten Erleichterungen zu erzielen, in der Grenzfrage gewiß nicht. Nun scheint man aber in Ungarn den Verlust von Siebenbürgen, des Banats und der Backa, Kroatiens und Slawoniens leichter verschmerzen zu können als den Verzicht auf die Slowakei und Westungarn. Hier erblickt man offenbar das Punctum minoris resistentiae. Gegen die Abtretung dieser Gebiete an die Tschecho-Slowakei bzw. an Oesterreich kämpfen deshalb die Ungarn mit Zähnen und Klauen, und sie möchten wenigstens in der Richtung eine Milderung der Friedensbedingungen erzielen, daß über die künftige Zugehörigkeit dieser Territorien eine Volksabstimmung entscheiden soll.

In Prag wird eine solche Lösung entschieden zurückgewiesen. Dagegen haben sich in Oesterreich Stimmen vernehmen lassen, die damit sympathisieren, und zwar kamen sie aus dem sozialistischen Lager. Vom Standpunkte dieser Partei erscheint das allerdings begreiflich, denn Westungarn hat eine überwiegend ackerbautreibende Bevölkerung und ihre Abgeordneten würden in der Nationalversammlung das Gewicht der christlichsozialen Partei wesentlich erhöhen. Daß die Möglichkeit eines Widerstandes gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von ungarischer Seite besteht, ist also ohne weiteres zuzugeben, und zwar um so mehr, wenn es tatsächlich zu einer Wiederherstellung des Königtums käme. Nach dem Krönungseide ist nämlich der König verpflichtet, alle Gebiete, die einmal zu den Ländern der ungarischen Krone gehörten, ihnen wieder einzuverleiben. Ob die Besorgnis vor einem solchen Reunionsversuche tatsächlich begründet ist, mag dahingestellt bleiben. Der neugewählte König wird wohl andre Sorgen haben, als sein Land sofort in einen neuen Krieg zu stürzen.

Wie dem auch sei, die Erklärungen Renners und Beneschs haben in Ungarn begreifliche Aufregung hervorgerufen und die Freilassung der in Oesterreich internierten gewesenen Kommunisten konnte nur dazu beitragen, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten noch unfreundlicher zu gestalten. Und doch machen es uns gebieterische wirtschaftliche Interessen zur Pflicht, mit Ungarn auf einem guten Fuße zu leben. In keinem Falle darf ein Abkommen mit der Tschecho-Slowakei eintretendenfalls uns auch militärische Verpflichtungen auferlegen. Unsre auswärtige Politik ist durch die Verhältnisse gegeben, es kann nur die strengste Neutralität sein. Unsre Interessen liegen ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete und dafür scheint man in Prag taube Ohren gehabt zu haben.

Kriegerische Vorbereitungen der Tschechen

T. Wien, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Reichspost" meldet aus Preßburg: Trotz aller Dementis dauern die kriegerischen Vorbereitungen der Tschechen in Preßburg an. Täglich marschieren Truppen auf das jenseitige Ufer. Die Truppen